

Sozial-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Befugungspreis:

Die Soziale monatlich für zweimalige Auslieferung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., auch die Post 18.00 Mk. auswärts. Einlieferungsgeld, Befugungspreis werden von allen Befugungsnachnehmern angenommen. Im sämtlich. Zeitungsverzeichnis unter Soziale-Zeitung eingetragen. Für unentgeltlich eingegangene Mitteilungen wird keine Gebühr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Soziale-Zeitung“ gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Rangierstraße, Nr. 1418 u. 7411, der Soziale-Abtdg. Nr. 1138.

Anzeigenpreise:

Die 8 gepaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 50 Pf., samt beidseitigen 40 Pf., Restlinien die 22 mm breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unter Geschäftsstellen a. sämtliche Anzeigenstellen. Erfüllungsort: Halle. Erhalten täglich 2 mal. Geschäftsstellen: Soziale Wirtschfts-Ztg. Nr. 1140, Rangierstraße 1418 u. 7411, der Soziale-Abtdg. Nr. 1138, Leipziger Platz 4009.

Nr. 206.

Halle, Dienstag, den 4. Mai 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Die Verteilung der deutschen Kriegsschiffe.

Am 3. d. M., 3. Mai. Im englischen Unterhause wurde mitgeteilt, daß die amgelieferten deutschen Kriegsschiffe folgendermaßen verteilt werden: England erhält 5 Kriegsschiffe und 124 U-Boote, Frankreich zwei Kriegsschiffe und 88 U-Boote, Japan und Amerika je 2 Kriegsschiffe und 17 U-Boote.

Paris, 4. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Der „Reit Paris“ meldet aus London: Der parlamentarische Sekretär der Admiralgatt hat im Unterhause Mitteilung gemacht über die Verteilung der deutschen Schiffe. Danach erhält England die Baden, Selgoland, Polen, Rheinland, Westfalen, Nürnberg, sowie 124 Unterseeboote, Frankreich erhält die Thüringen und Guden, sowie 88 Unterseeboote, Italien erhält 7 Unterseeboote, Japan die Schiffe Idenburg, Kasan, Augsburg. Die Vereinigten Staaten bekommen die Ostfriesland und Frankfurt. Ferner hat sich England sämtliche in Scapa Flow versenkten Schiffe, das sind 10 Bannerskreuzer, 3 Schlachtskreuzer, 5 leichte Kreuzer, 33 Torpedoschiffe, 2 U-Boote, 124 U-Boote, 20 Torpedobootsbringer und 50 Torpedoboote, so fängt die Verteilung der auf der Ostsee, die Frankreich und Italien unter den Schiffen treffen, die gemäß des Friedensvertrages von Österreich geliefert werden sollen.

Auf eine Anfrage eines Abgeordneten, ob England seine im Rheinland stehenden Truppen erhöhen wolle, antwortete der Minister des Innern, daß die englische Regierung nicht die Absicht habe, seine gegenwärtig in Deutschland befindlichen Truppen zu verziehen.

Deutschland verlangt sofortige Räumung des Maingaues.

Eine Note der deutschen Regierung an die Entente erklärt, nachdem die neutrale Zone von den deutschen Truppen geräumt ist, um unverzügliche Räumung von Frankfurt und des besetzten Maingaues.

Die Pariser Agence Havas meldet: Die Wiederherstellung des Maingaues unter Vorbehalt Polens hat am 2. Mai die Regierung eine Erklärung in der der Schadenersatzforderungen an Deutschland in Vorschlag zu bringen oder eine solche Verhandlung zu befürworten.

Die farbigen Truppen im besetzten Gebiete.

Im besetzten Rheinland und Saargebiet befinden sich an farbigen Truppen: 9 algerische Regimenter, 2 maroccanische, Schützenbataillone, 2 Senegalesen-Schützenbataillone, 1 madagassische, 1 maroccanische, 1 algerische Schützenregiment. Im Vaugrain sind bisher 5 farbige Regimenter festgesetzt worden. Die kaspierte jedes Regimentes beträgt etwa 2000 Mann.

Ukrainisch-polnische Verständigung.

Am 3. d. M., 3. Mai. In Warschau wurde zwischen Polen und der Ukraine ein Grenzabkommen abgeschlossen. Am 2. Mai teilte Polen eine große Fläche Landes mit 1/2 Millionen Polen ab und erhält dafür Ost-Galizien mit Ausnahme des Teiles von Bukowina.

Die polnische Kriegsbeute.

München, 3. Mai. „Times“ melden aus Warschau, daß laut Mainau des Generalkommissars seit Beginn der polnischen Offensive 25 000 Gefangene gemacht und viel Kriegsmaterial erbeutet wurde.

Erregung gegen die Polen.

WZB. Döppel, 3. Mai. Die überaus erregte Stimmung der deutschen Bevölkerung in Döppel hat die polnischen Vertreter der Abstimmungs-Kommission, sowie des polnische Konsulat veranlaßt, aus Döppel abzureisen. Nur unter dem Schutz französischer Truppen gelang es ihnen, das Hotel auf einem Seitenwege zu verlassen. Das polnische Konsulat wurde unter dem Schutz französischer Truppen gestiftet. In allen Stadtteilen kam es auch heute zu blutigen Zwischenfällen.

Polnische Ausrumpelungspläne.

Breslau, 4. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Aus Breslau, die bei polnischen im Kreis Müllsch abgesetzten Plänen vorgehenden werden, geht hervor, daß polnische Pläne bestehen, diesen mittelschifflichen Kreis bis zur Linie des flusses Wartha zu besetzen. Reichswehrtruppen sind zur Sicherung des Grenzgebietes angeschlossen.

dah polnische Pläne bestehen, diesen mittelschifflichen Kreis bis zur Linie des flusses Wartha zu besetzen. Reichswehrtruppen sind zur Sicherung des Grenzgebietes angeschlossen.

Die Alliierten und Japans Eroberungsabsichten in Sibirien.

Paris, 4. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Die Pariser Ausgabe des „Daily Express“ meldet aus Tokio: Die Vertreter der Alliierten in Washington haben telegraphisch an ihre Regierungen Beschlüsse geschickt, in denen sie protestieren gegen die Bestrebungen der japanischen Militärpartei und das Vorgehen Japans in Sibirien. Das japanische Parlament erklärte, das Vorgehen der Regierung zu unterstützen.

Japans Wirtschaftspläne mit Deutschland.

Ein Mitarbeiter des „F.T.“ hat Gelegenheit, ein Mitglied der japanischen Mission in Berlin, dem hauptsächlich das Studium der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und die Wiederherstellung wirtschaftlicher Beziehungen zur deutschen Republik obliegt, zu sprechen.

Die Stimmung in Japan ist, nach der Versicherung des japanischen Staatsmannes, Deutschland gegenüber durchaus gut. An japanischen Handels- und Industriekreisen beabsichtigt man, so bald wie möglich wieder wirtschaftliche Beziehungen zu Deutschland anzuknüpfen. Der Anfang zur Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen hat Japan schon gemacht. Einmal monatlich läßt sich der „Nippon Anzen Kaifu“, die in Hamburg eine Zweigstelle errichtet hat, ihre Sammler von Yokohama nach Hamburg verkehren; und man beabsichtigt diesen Verkehr in nächster Zeit weiter auszubauen. Ferner haben drei oder vier andere japanische Firmen in Deutschland Filialen eröffnet, um ihren Waren Absatzgebiete zu schaffen. Von Rohmaterialien will Japan zunächst Kupfer und Erde in größeren Mengen liefern, als Auszubehelprodukte soll Deutschland Stahl und Chemikalien liefern.

Erwidern wird allerdings die Entwertung der deutschen Valuta (1 Yen = etwa 90 Pf. gegen 2 Mark Reichsmark). Es kann sich also zunächst, da an größere japanische Handelsbeziehungen nicht zu denken ist, nur um Austauschgeschäfte handeln. Japan aber werde hierin nicht kleinlich verfahren.

Nittis Politik der Vernunft.

Der „Corriere della Sera“ verteidigt Nitti gegen die Angriffe japanischer Zeitungen, die den italienischen Ministerpräsidenten als den einzigen Urheber aller Raubgeilheit gegenüber Deutschland hinstellen. Das Blatt schreibt: Jene Anklagen täuschen sich, wiewohl glauben, mit dem kurze Nittis wäre die italienische Versöhnungspolitik vollständig befristet. Nitti ist der Verkörper eines Sozialpolitikers, der in Italien Allgemeines geworden ist. Einmalige Interventionisten und Neutralisten, Sozialisten und Konservative, Katholiken und Freimaurer unterstützen diese Politik einmütig, die man jetzt paneuropäisch zu nennen pflegt und die doch nur die Politik der Vernunft ist. Wenn Nitti hängt, wird kein Nachfolger, wer es auch immer sein möge, diese Stimmung nur noch nachdrücklicher verdeutlichen können. Unter den Nachfolgerskandidaten befindet sich einer (genannt E. Colitti), der in Frankreich nicht weniger beliebt wird als Nitti. Nur eine verschwindende Minderheit ist in Italien noch in der Kriegsbühnole. Diese Minderheit ist alles andere als französischfeindlich.

Bien, 4. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Die Lage des Kabinetts Nitti wird diesmal ernst beurteilt. Die Verantw., trägt man in der katholischen Volkspartei dazu, Nitti fallen zu lassen. Die Ursache sei aus gebliebenerseits die allzu große Radikalität der Regierung gegenüber den Sozialisten, andererseits die Befürchtung, daß Italien in Sax Remo von der von der Partei geforderten Außenpolitik abgewichen sei.

Die soziale Bewegung in Frankreich.

Der Ministerpräsident in Paris verlagerte sich am Dienstag ruhig verhalten. In teilweise früheren Zusammenhänge sind insgesamt 27 Personen verhaftet worden. Das deutet denn wohl auch auf eine Kampfbewegung, die der offizielle Bewältigungsapparat natürlich in Worte zu fassen sucht. Es ist einfach nicht wahr, daß die breiten Massen in Frankreich immer noch im Banne der Siegermacht stehen. Sie erkennen im Gegenteil mehr und mehr, wie der vermeintlich glorieöse Ausgang des Krieges ihnen nichts weniger bringt als Besserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage. Rime es jetzt zu allgemeinen Demonstrationen in Frankreich, sie werden hartem Verurteil nach, ein anderes Ergebnis haben, als demals unter der jugendlichen Wirkung wackelnder Triumpfschreier. Der Zeit ausstand der Eisenbahner trifft Frankreich besonders schwer. Zwar wird auch diesen Umfang befristet, nur zehn von Hundert des Personal bleibt angeblich dem Dienst fern, aber die eilenben Transportverhältnisse Frankreichs kempeln schon den Teufelstand der Eisenbahner zu einer schweren Schädigung der Volkswirtschaft. Und die verhängnisvolle Ausbreitung der Streiks auf andere Arbeitsbetriebe, hat schon begonnen.

WZB. Paris, 3. Mai. Siebzehn am 1. Mai Verhaftete sind heute zu ein bis sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, einzelne auch zu ein bis zweiwöchigen Aufenthaltserhalt. Gegen 12 hinhinmer Strafbefehle wurden Gefängnisstrafen von 8 bis 15 Monaten verhängt.

Nach weiteren Strafmessungen ist die Arbeitsruhe des Hafenarbeiter und unter den Eingelieferten bereits all gemein. — Der Minister für öffentliche Arbeiten hat heute vormittag in den Eisenbahndirektoren verhandelt. Es wird berichtet, daß die Lage sich etwas gebessert habe.

Vor neuen Unruhen im Ruhrgebiet?

Im Hinblick auf die ernten Zustände im Bezirk Düsseldorf hatte sich die Interessengemeinschaft Dortmund Arbeitgeberverbände, die zehn Einzelverbände umfaßt, dringlich telegraphisch an die Militärbehörde in Münster und an die Regierung gewendet, um die Besetzung Düsseldorfs mit kriegsähnlichen und Reichswehrtruppen unverzüglich durchzuführen. Die dem Antrag ist entsprochen worden, wie aus folgenden Drahtnachrichten hervorgeht.

Düsseldorf, 3. Mai. Der erste Trupp der kriegsähnlichen Sicherheitspolizei ist heute morgen hier eingetroffen. Die übrige Mannschaft wird alsbald hier einrücken. Vor Düsseldorf ist ein Kartes Aufgebot der Reichswehrtruppen zusammengezogen, deren Einrückung am Vormittag erwartet wurde. Im Laufe des Vormittags kamen Reichswehrsoldaten auf dem Bahnhof an.

Düsseldorf, 3. Mai. Das Reichswehrregiment 61, hat in der Nacht zum 2. März Düsseldorf verlassen hat, das die alte Garnison wieder bezogen. Mit ihm rückte ein Bataillon kriegsähnlicher Sicherheitspolizei in Stärke von 1000 Mann ein, die im Bahnhof und Rathaus den Sicherheitsdienst übernehmen hat. Der Abbau der Ortswehr verlief nach dem von der Stadtverwaltung aufgestellten Programm.

Die kriegsähnlichen Arbeiter Düsseldorfs haben der Stadtverwaltung in einem Ultimatum neue Lohnforderungen eingereicht, deren Vollziehung sie innerhalb 24 Stunden verlangen, widrigenfalls mit dem Generalstreik droht. Die Forderung würde für die Stadt eine Mehrbelastung von 28 Millionen Mark bedeuten und Jahresentkommen für einen Handwerker auf 17 500 Mk. und für einen Straßenbahnfahrpauer auf 20 000 Mk. erhöhen.

Auch der Bürgerparat der Stadt Dortmund hat die Regierung benachrichtigt, daß er von größter Besorgnis um den Schutz der Ordnung und um die Sicherheit des Landes sei. Die Bürgerparat ist mit dem Generalstreik droht durch neue Wutsche ins Land zu führen. An dem best herherrichten epidemische Krankheiten als Folgeerscheinungen der terroristischen Gewalttätigkeiten.

Düsseldorf, 4. Mai. (Eigene Drahtnachricht.)

Die Wehrverbände der belben sozialdemokratischen Parteien erlassen einen Aufruf an die Arbeiterklasse im weithin Ruhrgebiet, der sich mit dem Vornahme der Reichswehrtruppen in diesem Teile Deutschlands befristet. Hierin wird der Generalstreik als wirksamstes Mittel zur Abwehr der Reichswehrtruppen bezeichnet. Recht ist aber noch nicht der Zeitpunkt, zu einer solchen Maßregel zu greifen. Die Arbeiterklasse wird aufgefordert, dem Einmarsch mit vollständiger Ruhe entgegenzutreten und sich nicht zu Teilnehmungen hineinziehen zu lassen.

Kündigung des Bergbau-Tarifs.

Berlin, 4. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Der Tarifvertrag für den Bergbau ist durch den Reichstag im Reichstagsparlamentarischen Nachrichten im Reichstagsparlamentarischen Nachrichten im Reichstagsparlamentarischen Nachrichten im Reichstagsparlamentarischen Nachrichten im Reichstagsparlamentarischen Nachrichten am 31. Mai gekündigt worden. Es wird eine neue Vohnerhöhung von 8 Mark für die Schicht und außerdem eine Erhöhung des Aindergebels gefordert.

Die Stellung der Reichsregierung.

Berlin, 4. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Beim Reichswehrministerium laufen täglich Gesuche aus allen Bevölkerungsteilen des Ruhrgebietes ein, die weiteres Verbleiben von Reichswehr und Sicherheitspolizei fordern, und die der Regierung vor einem neuen Aufruch Aufruch fordern. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung demernd bemittelt ist, die Ordnung im Ruhrgebiet zu sichern und daher auch wie bekannt die Verhandlungen mit der Entente eingeleitet hat, damit ein hinreichende Equis den besetzten Gebieten befristet werden kann.

Die Anlagen aus dem März-Putsch.

Berlin, 4. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Das unter der Leitung des preußischen Unterrichtsministers im Reichswehrministerium arbeitende Untersuchungsamt über die Märzputzgelegen hat bisher 14 Fälle erledigt und dem Reichswehrministerium vorgelegt, die Generale von Hüfen von Leibniz, von v. Debes, Oberstleutnant v. Hensch und Major Matthes unter Anklage zu stellen und von dem Dienste zu entlassen, General von derardt, Oberleutnant Wolff und Major v. Sadow und Bod zu beurlauben und gleichfalls unter Anklage zu stellen und die Fälle aus dem Gefangenenerlager Chemnitz, sowie den Majors Will

